

Die Münchner Sicherheitskonferenz (MSC) 2024

Zusammengestellt am 22. Februar 2024 von Hptm a.D. Prof. Ing. Ernest F. Enzelsberger, MBA MAS. Präsident der Gesellschaft für Landesverteidigung und Sicherheitspolitik in Vorarlberg und Ehrenmitglied der Österreichischen Gesellschaft für Landesverteidigung und Sicherheitspolitik in Wien.

Am 16. Februar 2024, begann in München die diesjährige Münchner Sicherheitskonferenz (MSC), die bis 18. Februar 2024 dauerte. Die MSC fand erstmals im Herbst 1963 statt und versammelt hochrangige Entscheidungsträger sowie Expertinnen und Experten aus der ganzen Welt zu Diskussionen über Fragen der internationalen Sicherheit.

Die MSC gehört weltweit zu den größten und wichtigsten sicherheitspolitischen Tagungen. Sie widmete sich heuer dem Thema „Lose-lose?“. Dabei geht es darum, dass im Zuge wachsender Spannungen und zunehmender wirtschaftlicher Unsicherheit weltweit viele Regierungen nicht mehr die Vorteile internationaler Kooperationen schätzen, sondern befürchten, weniger von der Zusammenarbeit zu profitieren als andere.

Im Vorfeld erschien der „Munich Security Report 2024“, der eine Diskussionsgrundlage für die MSC bildete. Er ist am Ende dieses Beitrages abgedruckt.

Die Konferenz wurde durch die Meldung vom Tod Alexei Navalnis und von der Einnahme der Stadt Asdijiwka durch die russische Armee. Sie stand unter dem Motto „Wir suchen einen Silberstreif am Horizont und hinterließ weitgehende Ratlosigkeit.“

Zwei Zusammenfassungen

„Frieden durch Dialog“: Die 60. Münchner Friedenskonferenz ist Geschichte – diese fünf (ernüchternden) Erkenntnisse bleiben.

Gregor Peter Schmitz, Stern via MSN.com, 19. Februar 2024.

Drei Tage lang haben sich Staatslenker, Diplomaten und Wirtschaftsbesitzer aus aller Welt in Bayerns Landeshauptstadt getroffen. „Frieden durch Dialog“ wollte die Veranstaltung erreichen. Was sind die wichtigsten Erkenntnisse der 60. Münchner Sicherheitskonferenz?

1. Die Welt hat den Blues.

Vergnügungssteuerpflichtig waren die Veranstaltungen der MSC auch in den Vorjahren nicht, zumeist kreisen die Debatten um Krisen und Kriege. Diesmal jedoch war die Niedergeschlagenheit der vermeintlichen oder wahren Weltelite mit Händen zu greifen. Der Vorstandschef eines der größten Konzerne der Welt rief bei einem Lunch am Rande der Konferenz zu einer Test-Abstimmung auf: Entwickelt sich die Welt in die richtige Richtung? Fast keine Hand im Raum ging nach oben.

Die Ukraine kämpft zwar weiter, und ihr Präsident Wolodymyr Selenskyj bemühte sich bei seinem Auftritt um Zuversicht. Aber Hoffnung auf eine ukrainische Offensive, wie noch voriges Jahr in München zu vernehmen war, macht sich kaum noch jemand. Die Erschöpfung der ukrainischen Armee war ebenso Dauerthema wie die wachsende Sorge, ob die Bevölkerungen auch in Ländern wie Deutschland noch lange weitere Hilfe für die Ukraine unterstützen wird. Hinzu kam die Unsicherheit über die Rolle der USA, wo im November die Rückkehr von Donald Trump droht. Dass über den Großkonflikt Nahost erst am Sonntag wirklich geredet wurde, unterstrich, wie groß die Ratlosigkeit bei diesem heiklen Thema ist.

2. Amerika ist da – oder doch nicht?

Man kann der Biden-Regierung kaum vorwerfen, sie habe sich nicht bemüht. US-Vizepräsidentin Kamala Harris kam nicht nur nach München, sie sagte auch lauter Sätze, die Europäerinnen und Europäer aus Washington hören möchten – etwa, dass die Vereinigten Staaten natürlich weiter eine Führungsrolle in der Welt übernehmen wollten. Nur: Kann Harris noch für die USA sprechen? Ihr eigener Präsident muss sich immer lauterer Zweifeln an seiner Eignung fürs Amt erwehren und liegt in den Umfragen für die Präsidentschaftswahl gegen Trump zurück. Im amerikanischen Kongress droht das Ukraine-Hilfspaket zerrupft zu werden.

Und natürlich lauerten über allen Treffen die Worte von Präsidentschaftskandidat Donald Trump, der erst vorige Woche die Nato für mehr oder weniger obsolet erklärt hatte – und Mitgliedsstaaten, die zu wenig fürs Militär ausgeben, nicht mehr verteidigen möchte. Es gibt noch gemäßigte und gar transatlantisch denkende republikanische Politiker, die auch in München waren, doch diese trauen sich kaum noch gegen Trump die Stimme zu erheben. Lindsey Graham, republikanischer Senator aus South Carolina und seit vielen Jahren ein Stammgast der Konferenz, fuhr dieses Jahr demonstrativ lieber nach Texas, an die Grenze zu Mexiko. Der Kampf gegen illegale Einwanderung kommt bei Trumps Basis eben besser als Gespräche mit Europäern.

3. Putin bleibt Putin.

Ob der Tod von Kremlkritiker Alexej Nawalny von Wladimir Putin wirklich so getimt wurde, dass er in die Eröffnungsstunden der diesjährigen Sicherheitskonferenz platzte, wird sich vielleicht nie klären lassen.

Tatsache ist aber: Putin, der auf der Münchner Konferenz im Jahr 2007 den neuen Kalten Krieg ausgerufen hatte, weiß um deren internationale Bedeutung. Wenn es noch eines Beleges bedurfte, dass dem russischen Präsidenten alle Warnungen des Westens zur Mäßigung egal sind, ist es der Tod von Nawalny. Immerhin hatte sogar US-Präsident Joe Biden Putin persönlich gewarnt, diesem im Gefängnis etwas anzutun. Die Proteste anlässlich Nawalnys Tod blieben in Russland überschaubar. Putin-Gegner, die bei der Sicherheitskonferenz zugegen waren, wirkten diesmal vor allem erschöpft. Denn es ist klarer denn je ist: Für Putin gibt es keinen Weg zurück.

4. Die Bomben-Debatte wird bleiben.

Der Harvard-Professor Graham Allison, einer der führenden Nuklear-Experten des Planeten, machte in München einen Dreiklang auf, er besteht aus drei Zahlen: 78, 78, 9. 78 Jahre seit dem letzten bewaffneten Konflikt zwischen Großmächten, 78 Jahre seit dem Einsatz von Nuklearwaffen – und nur neun Staaten, die über diese Waffen verfügen, weniger als bei Erfindung der Bombe erwartet. Wird dieser Zustand halten? Realist Allison erwartet das nicht, Nuklearwaffen böten Staaten nun einmal wirksamen Schutz (und hätten diesen übrigens auch der Ukraine gewährt, die diese nach dem Kalten Krieg aufgab). Daher zeigte er sich durchaus offen für europäische Überlegungen, einen eigenen Schutzschirm aufzubauen, sollte auf den Nuklearschirm der Amerikaner nicht mehr Verlass sein. Die Debatte darüber nahm in den vergangenen Tagen rasant an Fahrt auf, aber Details sind noch Mangelware. Könnte man wirklich mit Frankreich kooperieren, auch wenn dort die Rechtspopulistin Marine Le Pen regiert? Vermögen britische, französische und europäische Nuklearwaffen wirklich den umfassenden amerikanischen Schutz ersetzen? Wie wäre der Rückhalt in der Bevölkerung für solche Maßnahmen? Und: Was soll das alles kosten? Die Bomben-Debatte hat gerade erst begonnen, vielleicht muss sie bald schon entschärft werden.

5. Olaf Scholz führt, ein bisschen.

Fast zwei Jahre ist die „Zeitenwende“-Rede nun her, die Kanzler Olaf Scholz im Deutschen Bundestag gehalten hat. Seitdem ist eine Menge passiert, eines aber nicht: eine vergleichbare Ansprache, mit der der Sozialdemokrat die Umsetzung der Zeitenwende erklärt. Diese Rede hielt Scholz auch in München nicht, jedoch fand er einen Satz, der als Mahnung an seine zerstrittene eigene Koalition zu verstehen war: „Ohne Sicherheit ist alles andere nichts.“ Zugleich war dies aber ein Appell an andere Länder, mehr zu tun.

Stern-Kanzler-Kenner Nico Fried schrieb über Scholz' Auftritt: „Der Kanzler, der lange unter Druck stand, setzt jetzt die anderen unter Druck. Ausführlich malte er in München die Folgen aus, die ein Sieg Russlands in der Ukraine haben könnte – für die Sicherheit Europas und die ganze Welt. Dem fügte er ziemlich unverblümt die Forderung hinzu, dass alle Europäer ihre Hilfe für die Ukraine erhöhen sollten. Scholz, der sich im ersten Kriegsjahr schon anhören musste, dass Deutschlands anfängliches Zaudern womöglich einen russischen Sieg in der Ukraine verursachen würde, warnt jetzt seine europäischen Partner davor, diese Schuld auf sich zu

laden.“ Fried staunte, der Kanzler wirke – wieder einmal – umso gelassener, selbstbewusster und zuversichtlicher, je tiefer er in der Krise hänge. „Und wenn man urteilen muss, ob es sich dabei um erstaunliche Realitätsverweigerung oder frappierende Führungsqualität handelt, dann obsiegt zumindest nach dem Auftritt vor der Sicherheitskonferenz das letztere. Wenn auch knapp.

Sicherheitskonferenz – die leeren Worthülsen von München.

Kommentar von Elmar Theveßen (München), deutscher Fernsehjournalist und Autor sowie Leiter des ZDF-Studios Washington.

Auf der Münchner Sicherheitskonferenz stärkten führende westliche Politiker der Ukraine den Rücken. Doch ihre Worte klingen hohl. Fehlende Entschlossenheit könnte Putin ermutigen. Stellen wir uns mal vor, Kamala Harris hätte bei der Münchner Sicherheitskonferenz folgende Worte gesprochen: Es gibt Zeiten in der Weltgeschichte, in denen Handeln viel klüger ist als Zaudern. Jedes Handeln birgt ein gewisses Risiko - das gibt es immer. Aber das Risiko ist viel größer, wenn wir es unterlassen zu handeln.

Jeder - auch der Diktator in Moskau - hätte gewusst: Da kommt was, diesen Worten werden Taten folgen. Aber genau da liegt das Problem: Weder die USA noch Europa und schon gar nicht die Bundesregierung in Berlin haben die passenden Taten parat, geschweige denn einen Plan, um Wladimir Putin zu stoppen. Deshalb sagte Kamala Harris nur: „Wir stehen an der Seite der Ukraine.“ Und der vermeintlich starke Satz des Bundeskanzlers - "einen Diktatfrieden auf Geheiß Moskaus wird es nicht geben" - bleibt eine leere Worthülse, solange die Ukraine nicht die Waffen bekommt, die sie braucht, um die russischen Streitkräfte zu besiegen.

Welche Optionen dem Westen gegen Putin und für die Ukraine bleiben.

Eigentlich gibt es doch nur drei Möglichkeiten:

- Man liefert die notwendige Artilleriemunition, um wenigstens die Stellungen zu halten. Ja, die Vorräte an Granaten sind knapp in Europa und den USA, aber in Südkorea, Südafrika und der Türkei könnte man Hunderttausende Geschosse kaufen, wenn man nur wollte.
- Oder: Man meint es endlich ernst mit dem Druck auf Putin, damit er wenigstens ein Stück weit von seinen Maximalforderungen abrückt. Dafür müsste man alle Waffen liefern, mit denen die russischen Nachschubwege von der Krim zerstört werden könnten - also auch die deutschen Taurus-Systeme.
- Oder: Man lässt es jetzt so laufen, wie es läuft, und maximiert das Risiko - durch Unterlassen.

Einige Politiker, die ich bei der Sicherheitskonferenz traf, darunter auch Mitglieder der Bundesregierung, kochen vor Wut über ihre Ohnmacht und ihre Unfähigkeit, auf das tägliche Sterben in der Ukraine und den Tod von Alexej Nawalny mit unmissverständlichen Taten zu antworten.

Ein Putin mit Weltraum-Waffe hätte dramatische Folgen. Nichthandeln wird die Ohnmacht möglicherweise schon bald unumkehrbar machen: Wladimir Putin, so besagen Erkenntnisse der US-Nachrichtendienste, will eine Nuklearwaffe in den Weltraum schicken. Auch weitere amerikanische und europäische Quellen bestätigen das am Rande der Sicherheitskonferenz. Mit ihr wäre er möglicherweise in der Lage, bei Bedarf Kommunikations- und Überwachungssatelliten komplett auszuschalten und die Informationsnetzwerke auf der Erde lahmzulegen - mit dramatischen Folgen für die Weltwirtschaft.

Die Stationierung, für die Russland offenbar 2022 eine Reihe von Tests durchführte, wäre ein Bruch des Internationalen Vertrags über das Kernwaffenverbot im Weltraum. Am Rande der Sicherheitskonferenz hat US-Außenminister Blinken seine Amtskollegen aus China und Indien aufgefordert, Putin mit vereinten Kräften an der Ausführung seines Plans zu hindern. Wohlstand und Sicherheit der Welt werden vom Despoten in Moskau bedroht, und wenn er die Waffe platziert hat, kann er mit ihrem Einsatz drohen und sie als Hebel für einen Diktatfrieden in der Ukraine nutzen. Wer sollte ihn dann noch an weiteren Einmärschen - zum Beispiel ins Baltikum - hindern?

Erinnerung an Kennedy und die Kubakrise.

Dieser Moment erinnert an die Kubakrise von 1962, als die Sowjetunion Raketenbasen in Reichweite der USA baute. Der amerikanische Präsident John F. Kennedy erzwang mit einer Seeblockade und der Androhung eines Einmarsches auf Kuba, dass Moskau von dem Vorhaben abließ. Diese Entschlossenheit und diesen Druck braucht es auch jetzt.

Als Putin seinen Krieg in der Ukraine begann, hatte er nach Erkenntnissen westlicher Geheimdienste fest mit einer Seeblockade Kaliningrads gerechnet. Dass sie ausblieb, war für ihn sicher ein weiterer Beweis für die Schwäche seiner Gegner.

US-Soldaten riskierten ihr Leben für Freiheit Berlins.

Manche in Berlin glauben wohl immer noch, man müsse sich die Chance auf die Wiederaufnahme von Wirtschaftsbeziehungen mit Russland offenhalten; und manche glauben deshalb wohl auch, deutsche Waffen wie Taurus dürften nicht zur Rückeroberung der Krim dienen, weil sie für Putin historische Bedeutung hat.

All jene sollten sich daran erinnern, dass die Sowjetunion 1948/49 Berlin vom Rest der Welt abschotten wollte. Damals riskierten amerikanische Soldaten ihr Leben, um die Freiheit der deutschen Stadt zu sichern.

Zeit zu handeln, statt zu zaudern.

US-Präsident Harry S. Truman handelte nach der Erkenntnis, die er einst in einem Brief an seinen Außenminister formuliert hatte: „Wenn Russland sich nicht einer eisernen Faust und einer starken Sprache gegenüberstellt, ist ein neuer Krieg im Entstehen“. Von Harry S. Truman stammen auch die eingangs erwähnten Worte, die Kamala Harris hätte sagen können. Er sprach sie am 12. März 1947, als er in seiner berühmten Rede vor dem amerikanischen Kongress die nach ihm benannte Doktrin

formulierte. Damals folgten Taten, allem voran die Gründung der Nato, es wieder an der Zeit zu handeln, statt zu zaudern, weil das Risiko bei Untätigkeit um ein Vielfaches größer wäre.

Pressestimmen

„Badische Zeitung“: „Kanzler Olaf Scholz und Verteidigungsminister Boris Pistorius haben bemerkenswerte Reden auf der Münchner Sicherheitskonferenz gehalten. 'Ohne Sicherheit ist alles andere nichts' – Scholz' Credo klingt zwar banal. Doch wenn man bedenkt, dass Sicherheitspolitik in Deutschland 30 Jahre lang keine Priorität hatte, ist es ein wichtiges Bekenntnis.“

„Südkurier“: „Wladimir Putin hat es geschafft, ohne anwesend zu sein, zum bestimmenden Akteur in München zu werden. Gleich zwei Liebesgrüße aus Moskau demonstrierten den Anwesenden, wie schlecht es nach zwei Jahren Krieg um die Ukraine und die Macht des Westens bestellt ist: Pünktlich zum Auftakt der Konferenz kamen die Nachrichten vom Tod Nawalnys und vom Fall Awdijiwkas. Der ukrainische Präsident steht zunehmend mit dem Rücken zur Wand. Doch weder die Europäer noch die USA sind bereit und in der Lage, ihm ausreichend Munition und Waffen zu liefern. Die Botschaft, die von München ausgeht, ist die eines ratlosen, unentschlossenen Westens.“

„Augsburger Allgemeine“: „Sicher, Trump hat nichts Neues gesagt, außerdem ist es noch längst nicht ausgemacht, dass der Ex-Immobilienmakler im Herbst tatsächlich erneut ins Weiße Haus einzieht. Dennoch ist es gut, wenn die Europäer endlich einsehen, dass sie mehr für ihre Verteidigung tun müssen, wenn sie nicht von jedem Windwechsel in Washington aufgeschreckt werden wollen.“

„Ludwigsburger Kreiszeitung“: „An Bekenntnissen, Europa, müsse mehr tun, um die Ukraine zu unterstützen und sich selbst gegen eine russische Aggression zu wappnen, mangelt es nicht. So wenig wie im vergangenen Jahr. Und die Konsequenzen? Es wird über einen EU-Verteidigungskommissar und europäische Atombomben fabuliert. Während Russland auf Kriegswirtschaft umgestellt hat, geht es in Europa jedoch viel zu langsam und mühsam voran. Als hätte die zunehmend militärisch unter Druck stehende Ukraine alle Zeit der Welt. Kein Wunder, dass in München der Optimismus des vergangenen Jahres nüchternem Realismus und Bitterkeit gewichen ist.“

„Nürnberger Zeitung“: „Wenn die Sicherheitskonferenz immerhin der Selbstvergewisserung des Westens diene, so zeigte sich die internationale Gemeinschaft angesichts des Gaza-Kriegs und der anderen Nahost-Konflikte machtlos. Etwas Besseres als die berühmte Zwei-Staaten-Lösung für Israelis und Palästinenser fiel niemandem ein. Doch davon sind die Konfliktparteien so weit entfernt wie noch selten. Und was ist mit dem Schutz des Weltklimas, Hunger und Armut in der Welt? Das Anschieben der Rüstungsproduktion habe derzeit 'Priorität Nummer eins', sagte Schwedens Ministerpräsidentin Magdalena Andersson. Eine frohe Botschaft war das nicht.“

„Münchner Merkur“: „So verzweifelt wie auf der Sicherheitskonferenz (Siko) 2024 hat man den Westen noch nie erlebt. Putins Psychokrieg ging in München voll auf: Schon zur Eröffnung präsentierte der Kremlchef seine beiden Trophäen – den Tod der Widerstandsköne Alexej Nawalny und die Eroberung Awdijiwkas. Es war der

zweite Münchner Schockmoment nach Putins Rede 2007. 'Ohne Sicherheit ist alles andere nichts' war der Satz, der aus der Kanzlerrede hängen blieb. Nur darf es bei Worten jetzt nicht mehr bleiben. Von der Siko der Ratlosen muss ein Wendesignal ausgehen. Die Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern an Kiew, der Hochlauf der Waffenproduktion, die Debatte über einen europäischen nuklearen Verteidigungsschirm, ein EU-Rüstungskommissar – all das muss jetzt auf den Tisch, wenn die Opfer der heldenhaft kämpfenden Ukrainer nicht vergebens sein sollen und Europa nicht warten will, bis Putin das nächste Land angreift. Doch muss der Kanzler dazu endlich den Willen zur Führung aufbringen."

"Nepszava", Ungarn: „Die Nachricht vom Tod des russischen Oppositionellen Alexej Nawalny hat den Verlauf der Münchner Sicherheitskonferenz etwas verändert. Vielleicht hat sie aber auch den Westen zur Besinnung gebracht: Er muss so schnell wie möglich handeln und Waffen an die Ukraine liefern, denn wenn er das nicht tut, werden nach Awdijiwka auch andere Orte an der Front in die Hände der Russen fallen – und der Zusammenbruch würde unausweichlich. Zum Nachbarn der EU könnte ein Staat werden, der Stalins Methoden kopiert, der seine politischen Gegner liquidiert, der diejenigen verhaftet, die eines Verstorbenen gedenken, der Mörder auf ein Podest stellt. [...] Auf der Münchner Konferenz haben vielleicht auch westliche Staats- und Regierungschefs erkannt: Nur sie können der Ukraine helfen, ein Wunder kann es nicht."

„Münchner Sicherheits-Index (MSI) 2024“

Der Krieg Russlands gegen die Ukraine markierte eine Zeitenwende in den G7-Ländern (umfassend Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada, USA und die EU). Zwei Jahre später gibt es jedoch Anzeichen dafür, dass sich die Auswirkungen des Krieges auf die Risikowahrnehmung abschwächen. Die Bedrohung durch Russland und die damit verbundenen Risiken werden zwar immer noch deutlich höher eingeschätzt als im MSI 2022, aber im Vergleich zum letzten Jahr sind sie im Risikoindex gesunken.

Die Wahrnehmung nicht traditioneller Risiken bleibt dagegen hoch. Die Menschen auf der ganzen Welt sind nach wie vor am meisten über Gefahren der Umweltzerstörung besorgt, während auch die Risikowahrnehmung von Migration als Folge von Krieg oder Klimawandel, radikalem islamischem Terrorismus und organisierter Kriminalität zugenommen hat. Nach dem Rekordhoch der Bedrohungswahrnehmung im vergangenen Jahr verzeichnet der MSI 2024 bei 21 Risikoindikatoren durchschnittlich einen Rückgang, während zehn Indikatoren insgesamt gestiegen sind. Fast alle Risikoindikatoren im Zusammenhang mit Russlands Krieg gegen die Ukraine sind gesunken, darunter der Einsatz von Atomwaffen durch einen Aggressor und Unterbrechungen der Energieversorgung. Während Russland im vergangenen Jahr noch für fünf G7-Länder das größte Risiko darstellte, ist dies mittlerweile nur noch für die Bevölkerung des Vereinigten Königreichs und Japans der Fall. Für die deutschen Bürger:innen ist Russland nur noch die siebtgrößte Sorge, für die Italiener die zwölftgrößte.

Auch andere wichtige Risiken sind zurückgegangen. Auffallend ist, dass Menschen in allen Ländern bis auf drei – Brasilien, Japan und Südafrika – weniger besorgt über das Risiko einer Wirtschafts- und Finanzkrise sind als im letzten Jahr. Und sowohl

das wahrgenommene spezifische Risiko von COVID-19 als auch einer künftigen Pandemie im Allgemeinen ist gesunken. Dagegen hat die Wahrnehmung nicht-traditioneller Risiken weiter zugenommen.

Die Besorgnis über Massenmigration als Folge von Krieg oder Klimawandel und radikal-islamischen Terrorismus hat stark zugenommen, wenngleich dies auf Länder in Europa und Nordamerika beschränkt ist und wahrscheinlich durch die Terroranschläge der Hamas gegen Israel und den daraus resultierenden Krieg geschürt wurde. Auch die Bedrohung durch den Iran ist im Risikoindex der G7-Länder deutlich angestiegen. Cyberangriffe stehen inzwischen sowohl in China als auch in den USA an erster Stelle der Sorgen.

Trotz der großen Unterschiede in der Risikowahrnehmung sind die Bürger:innen in der ganzen Welt weiterhin sehr besorgt über Umweltbedrohungen. In allen Ländern mit Ausnahme der USA steht mindestens eine der drei im Index erfassten Umweltbedrohungen auf den ersten drei Plätzen. Der Krieg Russlands und der darüber hinaus gehende geopolitische Wettbewerb prägen nach wie vor die Sicht der Bürger:innen auf andere Länder, allerdings weniger stark als im vergangenen Jahr. Belarus, China, Iran und Russland sind die einzigen Länder, die insgesamt eher als Bedrohung denn als Verbündete gesehen werden.

Russland wird weiterhin von den G7-Ländern als klare Bedrohung eingeschätzt, wenngleich sich die Sicht in allen Ländern außer Japan auf Russland leicht verbessert hat. China, Indien und Südafrika sehen Russland immer noch eher als Verbündeten denn als Bedrohung an, während Brasilien unentschieden ist. Fünf der G7-Länder haben nun eine positivere Sicht auf China als im letzten Jahr, wobei Kanada und Japan die Ausnahme bilden. Auffallend ist, dass China alle Länder außer Russland und Belarus als bedrohlicher einschätzt als im letzten Jahr. Es ist auch das einzige Land, das die USA als Bedrohung ansieht, wenn auch nur knapp.

Die Ukraine, die im letzten Jahr den größten Zuwachs im Index verzeichnete, wird immer noch von allen Staaten als Verbündeter angesehen, insbesondere von den G7-Ländern, allerdings in geringerem Maße als im letzten Jahr. Der MSI 2024 signalisiert also eine Abschwächung, aber keinen Bruch der Trends nach der russischen Invasion.

Die traditionellen harten Sicherheitsbedrohungen scheinen 2022 ihren Höhepunkt erreicht zu haben, bleiben aber höher als 2021. Unter den G7-Ländern stieg beispielsweise die Bedrohung durch Russland von Platz 15 des Indexes im Jahr 2021 auf Platz 1 im Jahr 2022 und fiel 2023 auf Platz 4 zurück.

Das Risiko einer nuklearen Aggression folgt einem ähnlichen Muster. In den BRICS-Ländern (Vereinigung von Staaten, die überwiegend aus dem Globalen Süden stammen, umfassend Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika, Ägypten, Äthiopien, Iran und die Vereinigten Arabischen Emirate) ist die Risikowahrnehmung seit 2021 weniger volatil, was darauf hindeutet, dass die Bürger den Krieg gegen Russland weniger als Zeitenwende ansehen.

Die Tatsache, dass die Wahrnehmung des Irans und Russlands gleichgeblieben ist und sich die Risikowahrnehmung Chinas sogar verbessert hat, steht ebenfalls in deutlichem Kontrast zu den Ansichten in den G7-Ländern.

Der „MUNICH SECURITY REPORT 2024“

Im Vorfeld erschien der „MUNICH SECURITY REPORT 2024“, der eine Diskussionsgrundlage für die MSC darstellte. Darin heißt es u. a.:

Der wachsende Fokus auf die relative Verteilung von Gewinnen droht Dynamiken auszulösen, die am Ende alle zu Verlierern machen. Denn eine Politik, die vor allem auf den kurzfristigen eigenen Vorteil schaut, gefährdet die Grundlagen von Kooperation und untergräbt eine Ordnung, die trotz ihrer offensichtlichen Mängel vergleichsweise gute Bedingungen bietet, den sprichwörtlichen Kuchen für alle zu vergrößern.

Die transatlantischen Partner und gleichgesinnte Staaten müssen daher einen schwierigen Balanceakt vollziehen: Einerseits müssen sie sich auf einen wachsenden geopolitischen Wettbewerb einstellen, in dem das Denken in relativen Gewinnen unvermeidlich ist. Andererseits müssen sie Kooperationen wiederbeleben, die Vorteile für möglichst viele Staaten bieten und ohne die inklusiveres Wirtschaftswachstum und die Suche nach Lösungen für drängende globale Probleme drohen auf der Strecke zu bleiben. Absolut betrachtet waren die Jahre nach der Zeitenwende, die das Ende des Kalten Krieges hervorbrachte, eine Erfolgsgeschichte.

Die Gefahr eines Großmachtkriegs schien gering, multilaterale Zusammenarbeit gedieh, Demokratie und Menschenrechte waren auf dem Vormarsch und die weltweite Armut sank beträchtlich. Die offene, regelbasierte internationale Ordnung ließ den „Kuchen“ des globalen Wohlstands erheblich wachsen.

Die gegenwärtige Zeitenwende weist jedoch in eine andere Richtung: Längst hat der Pessimismus den Optimismus der 1990er Jahre verdrängt. Angesichts zunehmender geopolitischer Rivalitäten und globaler wirtschaftlicher Unsicherheiten steigt innerhalb der transatlantischen Gemeinschaft, in mächtigen Autokratien und im sogenannten Globalen Süden die Unzufriedenheit angesichts einer aus der Sicht vieler Staaten ungleichen Verteilung der Vorteile der internationalen Ordnung.

Für viele Entwicklungsländer hat die Ordnung ihr Versprechen gebrochen, den sprichwörtlichen Kuchen für alle zu vergrößern. China, der vielleicht größte Nutznießer der liberalen internationalen Wirtschaftsordnung und andere autokratische Herausforderer wiederum haben das Gefühl, die USA bremse sie in der Verfolgung ihrer legitimen politischen und wirtschaftlichen Ansprüche, und drängen mit Nachdruck auf noch größere Kuchenstücke. Und selbst die traditionellen Hüter der Ordnung sind nicht mehr zufrieden angesichts ihrer relativ schrumpfenden Anteile am globalen Kuchen. Tatsächlich erwarten die Menschen in fast allen befragten G7 Ländern, dass China und andere Mächte des Globalen Südens in den nächsten zehn Jahren deutlich an Macht gewinnen, während ihre eigenen Länder eher stagnieren oder Machtverluste erleben werden.

Da immer mehr Staaten ihren Erfolg im Verhältnis zu anderen definieren, droht sich ein Teufelskreis aus relativem Gewinndenken, Wohlstandsverlusten und wachsenden geopolitischen Spannungen zu entfalten. Die daraus resultierenden Dynamiken, die bereits eine Vielzahl an Politikfeldern und Weltregionen ergriffen haben, machen alle zu Verlierern.

Die schlimmste Ausprägung der Sorge um relative Gewinne ist das „Nullsummendenden“ – die Überzeugung, dass die Gewinne anderer zwangsläufig eigene Verluste bedeuten. Kaum irgendwo ist dieses Denken so deutlich am Werk wie im Streben von Autokratien nach eigenen Einflusssphären. In Osteuropa haben Moskaus imperiale Ambitionen bereits zu einem Krieg geführt und jegliche Visionen einer kooperativen Sicherheitsordnung auf absehbare Zeit beerdigt.

Das Ergebnis ist eine Situation, in der alle zu verlieren drohen. Am meisten steht für die Ukraine auf dem Spiel, die um ihr Überleben als unabhängiger Staat kämpft. Aber auch die russische Bevölkerung zahlt einen hohen Tribut für Putins Angriffskrieg. Und die Europäer:innen verlieren ebenfalls, weil sie nicht länger von der Friedensdividende profitieren, sondern stattdessen deutlich mehr für ihre eigene Verteidigung und die Unterstützung der Ukraine zahlen.

Viele Beobachter fürchten eine ähnliche Eskalation der Gewalt im Indo-Pazifik, wo unterschiedliche Ordnungsvorstellungen unvereinbar aufeinanderprallen. Dass China seine maritimen Ansprüche zunehmend mit militärischem Druck verfolgt, schürt vielerorts die Befürchtung, Peking versuche, Ostasien in eine exklusive Einflusszone zu verwandeln. Viele Länder der Region streben deshalb nach engeren Sicherheitsbeziehungen zu den USA und versuchen, ihre wirtschaftliche Abhängigkeit von China zu verringern. Eine deutlich reduzierte Zusammenarbeit mit China schadet jedoch nicht nur ihnen, sondern auch Peking. Und sollten Großmachtrivalitäten im Indo-Pazifik eskalieren, verlieren alle. Im Nahen und Mittleren Osten schafft die aktuelle Eskalation der Gewalt bereits jetzt viele Verlierer. Die Terroranschläge der Hamas haben in Israel immenses Leid verursacht und das Sicherheitsgefühl des Landes grundlegend erschüttert. Die Reaktion Israels wiederum hat im Gazastreifen großes Elend erzeugt, das sich in hohen Opferzahlen unter der Zivilbevölkerung, zerstörter Infrastruktur und einer humanitären Notlage zeigt. Der Krieg droht auch die zuvor erfolgte Annäherung regionaler Mächte zunichtezumachen – und damit den Versuch, dem stark ausgeprägten „Nullsummendenden“ in der Region entgegenzuwirken.

Im schlimmsten Fall könnte sich der Krieg auf die gesamte Region ausweiten, wenn von Iran gestützte Kräfte eine weitere Eskalation betreiben. In der Sahelzone verschlimmert eine Reihe von Putschen ebenfalls eine Situation, in der es nur Verlierer gibt. In Burkina Faso, Mali und Niger, wo jüngst Militärjuntas die Macht ergriffen haben, haben Europa und die USA ihre Partner für Entwicklungszusammenarbeit und die Förderung von Demokratie und good governance, aber auch für Terrorismusbekämpfung und das Management von Migration verloren. Die Menschen in der Sahelzone wiederum verlieren die Chance auf Frieden und demokratischen Fortschritt. Im Sudan hat der gewaltsame Machtkampf, der auf den Staatsstreich von 2021 folgte, unterdessen eine humanitäre Krise monumentalen Ausmaßes verursacht.

Geopolitische Spannungen verändern auch die Globalisierung. Für viele Staaten steht nicht mehr die Steigerung gemeinsamer wirtschaftlicher Gewinne, sondern ihre eigene Absicherung gegen wirtschaftlichen Zwang im Zentrum. In Kapital- und Handelsströmen ist längst eine Fragmentierung entlang geopolitischer Bruchlinien sichtbar. Die vielerorts verfolgte Strategie des „De-Risking“ wirtschaftlicher Beziehungen könnte zwar Verwundbarkeiten und damit das Risiko geopolitischer Konflikte verringern. Eine Fragmentierung der Weltwirtschaft wäre jedoch auch mit

erheblichen Kosten verbunden, die insbesondere Länder mit geringem Einkommen treffen. Selbst die Klimapolitik – eigentlich ein Paradebeispiel für Kooperation, von der alle profitieren – läuft Gefahr, zum Opfer geopolitischer Spannungen zu werden. Auch wenn sich klima-, wirtschafts- und geopolitische Ziele zunehmend überschneiden, sind Fortschritte im Bereich grüner Technologien und auf dem Weg zu Klimaneutralität keineswegs ausgemacht. Spannungen zwischen China und den USA, transatlantische Divergenzen zu Handels- und Subventionsregeln und Meinungsverschiedenheiten zwischen Ländern mit niedrigem und hohem Einkommen, u.a. über eine angemessene Klimafinanzierung, drohen diese zu vereiteln. Technologischer Fortschritt, lange Jahre ein Treiber globalen Wirtschaftswachstums, wird ebenfalls zunehmend von rivalisierenden Staaten instrumentalisiert.

China, die USA und andere Länder streben nach Dominanz im Bereich strategischer Technologien wie Halbleitern und künstlicher Intelligenz (KI). Die zunehmende Fragmentierung des Technologiesektors und damit einhergehende Wohlfahrtsverluste nehmen sie dabei in Kauf. Auch die Suche nach dringend benötigten gemeinsamen Regeln zum Umgang mit KI oder Datensicherheit droht der „Versicherheitlichung“ von Technologie zum Opfer zu fallen.

(Anmerkung: Der Begriff beschreibt, dass ein Sachverhalt als Sicherheitsproblem wahrgenommen oder zu einem gemacht wird. Dieses „auf die Sicherheitsagenda setzen“ kann dazu führen oder mit dem Ziel verfolgt werden, einen größeren Handlungsspielraum bei der Bearbeitung dieses Sachverhalts zu erlangen und weitreichendere Maßnahmen politisch durchsetzen zu können.)

Anstatt die offene, regelbasierte internationale Ordnung so zu reformieren, dass sie ihrem Versprechen besser gerecht wird, möglichst vielen zu nutzen, bewegt sich die internationale Gemeinschaft derzeit genau in die entgegengesetzte Richtung. Die transatlantischen Partner und gleichgesinnte Staaten stehen daher vor einem schwierigen Balanceakt. Sie haben keine andere Wahl, als mehr in Verteidigung und militärische Abschreckung zu investieren und gleichzeitig Kooperation zum gegenseitigen Nutzen stärker auf politisch gleichgesinnte Staaten zu beschränken. Gleichzeitig dürfen notwendige Kurskorrekturen nicht zu einem Teufelskreis führen, in dem die Furcht vor ungleichen Gewinnen auf immer mehr Themenfelder ausgeweitet und Kooperation zum wechselseitigen Vorteil auf immer weniger Staaten beschränkt wird. Vor allem dürfen die Kurskorrekturen nicht die transatlantischen Bemühungen untergraben, Partnerschaften mit Ländern des Globalen Südens auf- und auszubauen und gemeinsam die bestehende Ordnung so zu reformieren, dass von ihr deutlich mehr Menschen profitieren. Dies ist jedoch leichter gesagt als getan – insbesondere in einem Super-Wahljahr, in dem die greifbaren Vorteile enger Zusammenarbeit selbst zwischen Demokratien weiter unter Druck geraten könnten. Es besteht daher die reale Gefahr, dass immer mehr Länder in eine Dynamik hineingeraten, in der alle verlieren – in der es also nicht mehr darum geht, wer mehr gewinnt, sondern nur noch darum, wer weniger verliert.